



## VII. Parteitag der SEW:

# Für eine Stadt des Friedens und der gesicherten Zukunft

**Von Herwig Kurzendörfer,  
Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes  
der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins**

In den vergangenen Tagen und Wochen haben die Kreisvorstände und Parteigruppen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) den VII. Parteitag, der vom 25. bis 27. Mai im Palais am Funkturm stattfand, ausgewertet. Die Genossinnen und Genossen gehen mit Elan, Optimismus und Selbstvertrauen daran, die Beschlüsse des Parteitages in ihrem Wirkungsbereich in meßbare Ergebnisse bei der politischen Massenarbeit umzusetzen.

Dem VII. Parteitag kommt für uns Kommunisten in Westberlin - dieser kapitalistischen Enklave inmitten der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik - besondere Bedeutung zu. Er war nach dem Beginn der Stationierung der qualitativ neuen amerikanischen Erstschlagswaffen in Westeuropa, vor allem in der BRD, zusammengetreten. Diese Stationierung läßt die Gefahr eines Kernwaffenkrieges drastisch anwachsen. Das nimmt uns Kommunisten in die Pflicht, den Beitrag Westberlins zur Erhaltung des Friedens wesentlich zu erhöhen.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag und die Diskussion darüber waren von diesem Grundanliegen gleichermaßen durchdrungen. Sie erbrachten den Beweis, daß die Mitglieder unserer Partei ihren Beitrag geleistet haben und weiter leisten werden, die Westberliner Friedensbewegung zu einer politischen Massenbewegung, zu einer echten Volksbewegung zu

entwickeln. In ihr haben sich Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christen, Pazifisten, Alternative, Gewerkschafter und Nichtorganisierte zu einem gemeinsamen Bündnis zusammengeschlossen. Verschiedene Parteien, Gewerkschaften, Organisationen, Initiativen - insgesamt rund 200 - arbeiten in der Westberliner Friedenskoordination zusammen. Die bisher größte Mas-

### **Alle Schichten gegen den Kriegskurs mobilisieren**

Auf dem Parteitag wurde klar herausgearbeitet, daß die Reagan-Administration die Verantwortung für die Zuspitzung der internationalen Situation trägt. Ihre von Profitsucht und der Krise des Kapitalismus getriebene Hochrüstungspolitik steuert auf einen atomaren Krieg zu, um den Sozialismus zu vernichten und die nationale Befreiungsbewegung abzuwürgen. Sie ist eine tödliche Bedrohung für die Menschheit, für unseren Kontinent und schließt auch die Zerstörung Westberlins ein.

Um so verwerflicher ist es, daß der CDU/FDP-Senat sich zum Befürworter der Stationierung gegen den Osten gerichteter US-Erstschlagswaffen erniedrigt. Der Regierende Bürgermeister Diepgen erklärt die Solidarität mit der USA-Administration zur Priorität und ist damit auf die Kreuzzugspropaganda der Reagan-Mannschaft eingeschwenkt. Derselbe Herr Diepgen leistet mit der unverschämten Behauptung, in Westberlin sei die Bedrohung

senmobilisierung war in der UNO-Friedenswoche im Oktober 1983 zu verzeichnen, an der sich etwa 300 000 Einwohner der Stadt beteiligten. Den Höhepunkt bildete die Volksversammlung vor dem Rathaus Schöneberg, auf der über 150 000 Teilnehmer ihr „Nein“ zu Pershing 2 und Cruise Missiles und ihr „Ja“ für Abrüstung in West und Ost demonstrierten.

durch die Sowjetunion und die DDR besonders deutlich zu spüren, der Uralt-Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“ Vorschub. Die SEW sieht sich in ihrer Auffassung bestärkt, immer mehr Arbeiter und Menschen aus anderen sozialen Schichten gegen diesen friedensfeindlichen Kurs des CDU/FDP-Senats zu aktivem Handeln zu mobilisieren. Das um so mehr, da die Stationierung der US-Erstschlagsraketen in Westeuropa und die damit verbundene Konfrontationspolitik das weitere Funktionieren des Vierseitigen Abkommens über Westberlin gefährden, mit dem eine wichtige Lebensgrundlage für unsere Stadt geschaffen wurde.

Die wichtigste Aufgabe sieht die SEW darin - wie vom VII. Parteitag beschlossen - alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Stationierung der US-Erstschlagswaffen in Westeuropa zu stoppen und die bereits stationierten wieder abzubauen. Unsere Partei unterstützt vorbehaltlos die Vorschläge und Initiativen